

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 36 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 6. September 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Die Leipziger Herbstmesse und unser Beruf. — Keine Spararbeit an falscher Stelle. — Zur Verschmelzungsfrage. — Unser Verband am Schlusse des 2. Vierteljahres 1918. — Realitäten. — Die finanzielle Lage der Ortsverbände. — Aus unserem Beruf. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 8. bis 14. September 1918 ist der 37. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die Leipziger Herbstmesse und unser Beruf.

Vom 25. bis 31. August fand die diesjährige Herbstmesse in Leipzig statt. Diese Warenmesse ist die bedeutendste, welche bisher abgehalten wurde. Die Zahl der Besucher stieg auf über 100 000 Personen, die der Aussteller auf 5500. Bei letzteren sind dieses 1300 mehr, als die stärksten besuchtesten Messen in Friedenszeiten aufwies. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, das Fehlen von Rohmaterial und die Erzeugung von Ersatzstoffen haben zu dem starken Verkehr auf der Herbstmesse entschieden beigetragen.

An erster Stelle mit standen auf der Messe die Produkte unseres Berufes. Es war kein Gebälde, fast kein Ausstellungsraum, wo nicht Waren unseres Gewerbes ausgestellt waren. Dieses beweist, in welchem Maße unser Beruf vom Wirtschaftsmarkt, auch vom Weltmarkt abhängig ist. Da haben wir unter den Ausstellern eine ganze Anzahl Berliner und Offenbacher Reiseartikel- und Lederverwarenfabriken. Auch aus dem übrigen Reich waren viele Firmen dieser Branche vertreten. Mitbekannt, aber auch viele neue Firmen, welche erst während der Kriegszeit sich der Produktion von Koffern, Taschen, Schularartikel und Portefeuilleswaren zugewandt haben.

Wir sahen Koffer in allen Mustern ausgekleidet. An Stelle der früher mit Stoff bezogenen Koffer sahen wir Handkoffer aus Lederpappe, Vulkan-Fibre und Holz. Die Lederpappe war zum großen Teil rind- und boylfalschbearbeitet genarbt. Die Handgriffe bestehen meistens aus gepreßtem Eisenblech, welches in der Form von runden Lederhandgriffen gehalten ist. Das Innere ist mit Papier ausgelegt. Außer den Handkoffern, welche vorherrschten, waren Muffenkoffer, Damenkoffer usw., mit Sadleinen oder Textilstoff bezogen, zu sehen. Auch Bügelkoffer, unbezogen oder mit leichtem Stoff bezogen, waren vorhanden. Das Geschäft in Koffern war gut, wie die Aussteller im allgemeinen ausagten. Ein Aussteller meinte, es ist kein Wunder, daß die Reiseartikel gekauft werden, diese Sachen werden jetzt zum Samstern gebraucht. Reisekartons aus Pappe, mit Zellulose-

stoff bezogen, waren ebenfalls vorhanden. Suitcase aus Kunstleder, in Krokodil-, Elch-, Seehund- und Antik-Marken, waren viel vertreten.

Bei den Berliner und Offenbacher Lederverwarenaussteller sah man noch viele Muster in Leder ausgeführt, sonst herrschten die Ersatzstoffe vor. Da waren Damentaschen aus Bogkalf, Saffian, Seehund, Wildschwein- und Ziegenleder, Briestaschen, Altemappen, Portemonnaies und Etuis aus gleichen Lederarten. Die gegenwärtigen Preise für diese Artikel sind enorm. Eine Damentasche, ungefähr 25 Zentimeter lang und 20 Zentimeter hoch, aus Saffian, mit Leder innen gefüttert, kostete 150 M. Ein Portemonnaie aus Zeugstoff wurde das Stück mit 7 M. angeboten, aus Leder stehen dieselben bedeutend höher.

Die Schultaschen und -tornister sind meistens aus Kunstlederimitation in schwarz Seehund und Elch, braun rindledernarbig oder farbig Krokodil und antik gehalten. Man sah auch solche aus Vulkan-Fibre mit schwarzem Wachsdruck und auch baistfarbig Textilstoff bezogene.

In bunten Puppenstüben-Tapetenmusterfarben waren eine Anzahl Kragen-, Handschuh-, Krawatten- und Manschetten- sowie Taschentuchkasten ausgestellt. Besonders sollten diese für den bulgarischen Markt in Erwägung kommen.

In Markttsachen soll das Geschäft nicht besonders gegangen sein, wahrscheinlich weil der leichte Ersatzstoff nicht haltbar genug ist.

Auch bei den Kinderwagen treten die Ersatzstoffe, soweit das Verdeck und das Ausklagen in Betracht kommt, in Erscheinung. Vertreten waren in der Hauptsache Zeiger Firmen.

Sosenträger aus Papierstoffgurten stehen im Vordergrund, zum großen Teil mit Lederstreifen versehen. Es waren jedoch auch solche noch von Leinengurten zu sehen.

Treibriemen aus Zell- oder Faserstoff waren von einer Anzahl Firmen ausgelegt. Eine Crimmitschauer Firma hatte Muster, wo die Stränge mit Darmsaiten verbunden waren. Alle diese Treibriemen aus Ersatzstoffen ersetzen den Ledertreibriemen nur mangelhaft. Wie uns versichert wurde, werden jetzt in den Fabriken die doppelte Anzahl Betriebsattler zum Riemen reparieren gebraucht als früher.

In der Faserstoffausstellung, welche längere Zeit in Leipzig bleibt und mit Beginn der Herbstmesse eröffnet wurde, stoßen wir überall auf Gegenstände, die mit unserem Beruf verknüpft sind. Da sehen wir die verschiedensten Faserstoffe aus Kieferholz, Torf, Brennnesseln, Mohrkolben, Schilf, Maiglöckchenblumen und Flachs. Zu allen möglichen Arbeiten innerhalb unseres Berufes können diese Stoffe verwandt werden. Da sehen wir Koffer, Taschen, Kuchfächer, Markttsachen, Pferdegeschirre, Sättel, Planen, Tränkeimer, Sitzkissen für Artillerie, Möbel in Klappform mit Faserstoff bezogen, Zelte und Treibriemen, welche aus Faserstoff hergestellt sind.

Die Leipziger Herbstmesse wie auch die Faserstoff-Ausstellung zeigen uns die Fähigkeit der deutschen Industrie, sich den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. In unserem Berufe haben wir dieses schon einmal während der Kriegszeit erfahren. Als vier Wochen nach Beginn des Krieges ein Mangel an Lederausstattungsgegenständen für das Heer sich bemerkbar machte, da wuchsen die Militäreffektenbetriebe wie Pilze aus der Erde. Die Industrie ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und lieferte die gebrauchten Ausstattungsgegenstände in genügender Zahl. Hunderttausend Arbeitskräfte aus anderen Industrien wurden in kurzer Zeit auf die Produkte der Militäreffektenindustrie angelernt. So sehen wir auch jetzt wieder, wie sich die deutsche Industrie bemüht, für die fehlenden Waren Ersatz zu schaffen. Die meisten dieser Waren werden keinen dauernden Bestand haben. Sowie genügend Rohstoffe nach dem Kriege vorhanden sind, wird die gute alte Friedensware wieder hochkommen. Die Augenblicksware wird schnell verschwinden, sie bildet ja nur ein glänzendes Glend, welches nach dem Kriege keinen Bestand mehr haben wird.

In unserem Berufe müssen wir die Augen aufhaben. Schon jetzt sind Hunderte von ungelerten Arbeitskräften in der Reiseartikel-, Taschen-, Schularartikel- und Portefeuillesindustrie tätig. Die weiblichen Arbeitskräfte bilden dabei das Hauptkontingent. Wie werden sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege gestalten? Das sind Fragen, die wir uns vorlegen müssen. Die Leipziger Messe beweist uns, daß nach dem Kriege ein scharfer Konkurrenzkampf in unserem Berufe einsetzen wird. Eine Anzahl Firmen, welche durch die Militärarbeit an der Herstellung von Lederverwaren Gefallen gefunden haben, sind zur Anfertigung von Koffern und Taschen übergegangen und wollen dieses nach dem Kriege beibehalten. Die alten Firmen werden ihre alten Absatzgebiete zu halten versuchen. Viele Firmen lieferten vor dem Kriege nach dem Auslande, der Weltmarkt wird ihnen nicht gleich zugänglich sein, wenn der Krieg vorüber ist. So wird sich alles um den Absatz im Inlande bemühen. In diesem Konkurrenzkampfe nach dem Kriege wird der Lohn der Arbeiterschaft keine untergeordnete Rolle spielen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden die Unternehmer versuchen, den Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen herabzudrücken. Will die Arbeiterschaft unseres Berufes in ihrer Lebenslage sich nicht herabdrücken lassen, so muß sie für einen strammen Ausbau der Organisation tätig sein. Schon während des Krieges müssen wir versuchen, die Organisation überall in den Betrieben, welche für die Privatindustrie arbeiten, Eingang zu verschaffen. Wer in unserem Berufe arbeitet, sei es ein Sattler, Portefeuille, Hilfsarbeiter oder eine Arbeiterin, muß dem Verbands angehören. Nur dann sind wir in der Lage, nach dem Kriege ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

S. B.

Keine Sparsamkeit an falscher Stelle!

Nach Beendigung des Weltkrieges, wenn der wirtschaftliche Aufbau das dringendste Erfordernis unserer Tätigkeit sein wird, befindet sich leider unser deutsches Volk in der Lage einer Familie, die durch allerlei widrige Umstände verarmt ist. Es hat unbeschreiblich große Verluste erlitten, seine Einnahmen sind zurückgegangen, weil ihm viele Erwerbsmöglichkeiten abgeschnitten worden sind, dagegen sind seine Ausgaben ungeheuer gewachsen. Noch auf Jahre hinaus ist die Verbindung mit dem Auslande unterbrochen, die Ein- und Ausfuhr ist zum größten Teil lahmgelegt und der Platz auf dem Weltmarkt muß erst allmählich wieder erobert werden. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat unser Wirtschaftsleben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die nur durch Sparsamkeit und Fleiß überwunden werden können. Obendrein haben wir weitreichende und schwere Verpflichtungen übernehmen müssen, denen wir uns nicht entziehen können. Wir haben ungeheure Schulden gemacht, die wir verzinsen und abtragen müssen, wir haben auch eine Ehrenschuld einzulösen gegen die Opfer des Krieges: die Kriegervitwen und Kriegerverwaisen, die Kriegsverletzten und die durch den Krieg anderweitig Geschädigten, wir haben endlich auch große Aufgaben sozialer, kultureller und gesunderer Art zu erfüllen. Da gilt es denn, weise Sparsamkeit walten zu lassen, damit unsere Ausgaben mit den Einnahmen in ein richtiges Gleichgewicht gebracht werden, wir müssen uns an allen Ecken und Enden einschränken, wenn wir durchkommen wollen. Allerdings muß eine vernünftige Sparsamkeit walten, denn es besteht die Gefahr, daß an der falschen Stelle gespart wird, worunter erfahrungsgemäß besonders die unteren Schichten unseres Volkes zu leiden haben. Von diesem Gesichtspunkte aus bietet die Frage einer sparsamen Wirtschaftsführung gerade für die denkenden Proletarier und Proletarierinnen ein lebhaftes Interesse.

Bunächst wird es notwendig sein, daß wir in unserem häuslichen Leben sparen, ob wir es wollen oder nicht. Die Zeiten, in denen wir aus dem Vollen schöpfen und uns manchen Luxus erlauben durften, sind einstweilen bis auf weiteres vorüber. Wir werden noch auf Jahre hinaus mit einer Knappheit an Lebensmitteln zu rechnen haben. Daneben werden die hohen Lebensmittelpreise bestehen bleiben. Dies Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und den Kosten des Lebensunterhalts wird die weitaus größte Zahl der Familien zwingen, auf manches zu verzichten, was man früher als ein notwendiges Bedürfnis ansah. Den Hausfrauen der Unter- und Mittelschichten wird die schwere Aufgabe zufallen, ihren Haushalt haushälterisch einzurichten, damit sie mit ihrem Hauslandsgelde auskommen. Eine sparsame Wirtschaftsführung, die das Vorhandene zusammenhält und jede Verschwendung vermeidet, ist die höchste und vornehmste Pflicht einer tüchtigen Hausfrau. Leider besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Angehörigen jener Schichten, die aus dem Kriege Vorteil gezogen haben, nach wie vor Luxus treiben und ein üppiges Leben führen werden. Sie bedenken dabei gar nicht, daß sie dadurch ein schlechtes Beispiel geben und überall Erbitterung schaffen, sie sind sich auch kaum des Schadens bewußt, den ein solches Gebahren unserer Volkswirtschaft bringen muß. Es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn das eine Glied des Volkstörpers in Hülle und Fülle blüht, während die anderen an Unterernährung dahinsinken. Hier bedarf es einer von sozialen Voraussetzungen geleiteten Steuerpolitik und einer vernünftigen Regelung unserer Einkommensverteilung, um einem erbitterten Kampfe der unteren gegen die oberen Schichten vorzubeugen. Wirtschaftliche und sittliche Gründe wirken zusammen in der Bekämpfung der Verschwendung auf der einen und des Mangels auf der anderen Seite.

Wie in den einzelnen Haushaltungen, so muß auch in Staat und Gemeinde die peinlichste Sparsamkeit geübt werden. Es kommt darauf an, alle überflüssigen Ausgaben zu vermeiden und sich nach der Decke zu strecken. Allerdings darf nicht an den notwendigen Ausgaben gespart werden. Es wäre vom Standpunkte der Volksgesundheit aus falsch, wollte man auf dem Gebiete der Sozialpolitik auf Kosten der heillosen Schichten sparen. Gern und freudig sollen Staat und Gemeinde alles das hergeben, was notwendig ist für Mutter- und Säuglingschutz, für Jugend- und Waisenspflege, für Gesundheitspflege und Volksbildung, für Kulturaufgaben und Volkserziehung. Für die körperliche, geistige und sittliche Hebung unseres Volkes darf keine Summe zu hoch sein, dagegen muß gespart werden an Luxusbauten, Repräsentationskosten, an Aufwendungen für Schauprägenge und andere Nichtigkeiten. Es wäre eine übel angebrachte Sparsamkeit, wenn die maßgebenden Stellen kein Geld übrig hätten für soziale Zwecke, bei anderen Gelegenheiten aber das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen wollten. Damit hier das rechte Maß eingehalten wird, ist es unbedingt not-

wendig, daß die Unterschichten in Staat und Gemeinde das Mitbestimmungsrecht bekommen, indem sie durch ihre Vertreter in allen öffentlichen Angelegenheiten ihren Einfluß in die Waagschale werfen. Von diesem Gesichtspunkte allein aus ist eine Demokratisierung und Sozialisierung unseres Staats- und Gemeinbewesens schon eine unabweisbare Notwendigkeit.

Endlich drittens muß auch über unsern gesamten Wirtschaftslebens der Grundsatz der Sparsamkeit als Leitstern schweben. Jede Verschwendung an Rohmaterial und Arbeitsmitteln, jede Vergeudung von Arbeitskraft durch mangelhafte Organisation der Betriebe muß peinlich vermieden werden, wenn wir leistungsfähig bleiben und hohe Erträge erzielen wollen. Auch hier besteht leider die Gefahr, daß die notwendige Sparsamkeit auf Kosten der unbemittelten Volksschichten geübt wird. Schon heute machen die maßgebenden Unternehmer durchaus kein Hehl daraus, daß sie auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen sparen wollen. Sie weisen hin auf die Notwendigkeit, daß sich Deutschland durch billige Waren wieder den Platz auf dem Weltmarkt erobern müsse. Zur Herstellung billiger Waren sei es aber notwendig, überall Ersparnisse zu machen. Dabei denken sie nicht im entferntesten daran, auf einen Teil ihres Gewinns zu verzichten und sich mit einer geringeren Dividende zu begnügen, aber eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslöhne erscheint ihnen als das richtige Mittel, Ersparnisse zu machen. Die Arbeitslöhne — heile sie nicht die Dividenden! — hätten eine gerabegu beängstigende Höhe erreicht und müßten sobald wie möglich auf ein vernünftiges Maß herabgedrückt werden. Welchen unheilvollen Einfluß eine solche Lohnrückerei bei den bestehenden hohen Lebensmittelpreisen auf die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der großen Masse ausüben würde, leuchtet ohne weiteres ein. Glücklicherweise sind die deutschen Proletarier nicht gewillt, sich eine solche Sparsamkeit widerstandslos gefallen zu lassen, sie haben keine Lust, tatlos zuzusehen, daß man auf ihre Kosten Millionäre züchtet, während sie selbst sich den Hungerriemen fester schnallen.

Zur Verschmelzungsfrage.

Recht beachtenswerte Ausführungen zu diesem Thema finden wir in der Nr. 17 des Fachorgans des Tapeziererverbandes. Unter anderem wird darüber folgendes geschrieben:

Im Sattlerverband scheint Neigung zu bestehen, möglichst bald die Verschmelzung vorzunehmen, da jetzt während des Krieges ein großer Teil unserer Kollegen in der Rüstungsindustrie tätig ist und so aller Grund zu einer Verschmelzung gegeben sei.

Ich meine nun, außergewöhnliche Zeiten schaffen da außergewöhnliche Verhältnisse, die, ganz objektiv betrachtet, doch nicht gut als Grundlage für derartig weittragende Beschlüsse dienen dürfen. Die mit dem kommenden Frieden zweifellos eintretenden abermaligen Umwälzungen unseres Wirtschaftslebens müssen wir unbedingt mit in Rechnung stellen; tun wir das nicht, kann es für beide Teile recht nachteilige Folgen haben. Ein Jahr Ubergangswirtschaft wird mindestens abgewartet werden müssen, ehe wir nun einigermaßen die Situation übersehen und zur Verschmelzungsfrage Stellung nehmen können.

Vor dem Kriege hatten wir Tapezierer z. B. viel mehr Berührung mit den Holzarbeitern als mit den Sattlern. Das beweist auch die Entwicklung des Tarif- und Schlichtungswesens unserer Branche. Für die erste Zeit der Ubergangswirtschaft wird für die Tapezierer alles von der Regelung des Rohstoffbezuges abhängen. Werden wir hierbei von den großen und volkswirtschaftlich wichtigeren Industrien mit ihrem großen Rohstoffbedarf nicht vollständig an die Wand gedrückt, so werden die Berufsverhältnisse bei uns bald wieder geünder und die Interessengemeinschaft mit den Holzarbeitern würde wiederum die mit den Sattlern überwiegen. Für uns ist jetzt die Frage des Rohstoffbezuges jedenfalls wichtiger als die Verschmelzungsfrage und es sollte alles versucht werden, hier möglicherweise Einfluß zu gewinnen im Verein mit den selbständigen Weistern und Möbelfabrikanten.

Alles in allem genommen, ich halte unsere Berufslage nicht für so präkar, daß wir hoffnungslos werden müßten, sondern ich glaube, daß wir zu den Berufsgehörigen, die sich wieder erholen. Wohl werden wir mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, besonders in der ersten Zeit der Ubergangswirtschaft. So werden aber die Verhältnisse nicht sein, daß wir besser tun, heute schon eine Verschmelzung zu suchen, weil die Ubergangswirtschaft unsere Organisation der Auflösung nahe brächte.

Die Umstellung der Kriegsindustrie in die Friedenswirtschaft wird auch die Sattlerorganisation schwer treffen. Es wird gerade auch hier viele Arbeitslose geben und der Tapezierer als der „angelernte“ Arbeiter wird hier vor allem der Leidtra-

gende sein. Leder als Rohstoff wird in der Ubergangswirtschaft vor allem zu Schuhwerk, Treibriemen und schweren Geschirren benötigt werden. Nur die Tapezierer, die als Sattler gelernt haben, haben da Aussicht, in dieser Privatindustrie unterzukommen. Auch die Flugzeugbranche wird meiner Ansicht nach nicht mehr so stark produzieren, denn auch da fällt ja die hohe Verlustziffer der Kriegsfahrzeuge weg. In der Autobranche werden wohl vor allem Lastautos und zuletzt Luxusautos gebaut werden. Auf letztere aber arbeiteten gerade die Tapezierer.

Die Kriegszeit bedeutet für den Sattlerverband eine Zeit hoher Prosperität, und außer Zweifel ist eine hohe Zahl der Tapezierer in der Ausreifungs- und Flugzeugindustrie heute tätig. Es geben die derzeitigen Verhältnisse zu einer Verschmelzung beiden Verbände ein gewisses Recht. Bedenken wir aber, daß die kommende Zeit mit den bestimmt vorauszu-sehenden wirtschaftlichen Umwälzungen beide Organisationen tief eingreifend berühren muß, vor allem das gegenseitige Verhältnis zueinander, so müssen wir wohl in beiderseitigen Interesse mit einer Verschmelzung warten, bis eine klare Beurteilung dieser Frage möglich ist. In der kurzen Begründung meiner Ansicht, die ich vorstehend gegeben habe, ist die Frage sicher nicht erschöpfend behandelt.

Die Regelung des Rohstoffbezuges wird für beide Branchen ausschlaggebend sein im Verein mit der allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität. Was uns die kommende Zeit auch bringt, wir müssen es abwarten, um klar zu sehen.

Die prinzipielle Stellung zur Verschmelzungsfrage ist ja für uns Tapezierer einwandfrei in Nummer 12 unseres „Korrespondenzblattes“ unter Zeitfragen gegeben; ihr wird jeder Kollege zustimmen können. Sch.

In einer Essener Versammlung des Tapeziererverbandes wurde zu dieser Frage noch ausgeführt:

„Lebhafte Aussprache geführt wurde über die gegenwärtige Lage des Berufs und die angeregte Verschmelzung mit dem Sattlerverband. Leider ist auch hier unsere Berufslage und der allgemeine Geschäftsgang nicht besonders günstig; ein großer Teil der Berufsangehörigen ist heute anderweitig beschäftigt und deshalb ist es verständlich, daß man dem Anschluß an die Sattlerorganisation sympathisch gegenübersteht.“

Andererseits wurde aber auch darauf hingewiesen, daß hier im Rheinland unser Beruf sich in den letzten Jahren bis zum Kriege stark spezialisierte und immer mehr Großbetriebe entstanden, die wenig Berührung mit dem Sattlerberuf hatten, desto mehr aber zum Holzarbeiter. Auf dem Kölner Verbandstag trat der Essener Delegierte ein für den Anschluß an die Holzarbeiter. Abhängig von der Lage des Berufes nach dem Kriege wird darüber eingehend zu sprechen sein.“

In einem Bericht aus Dresden heißt es in Nr. 18:

Die Frage, mit welcher Organisation wir uns vereinigen sollen, hat uns bereits des öfteren beschäftigt, wir haben uns aber immer ablehnend dazu verhalten, weil die Notwendigkeit dazu nicht vorlag. Wir müssen uns fragen, mit welchem Beruf haben wir in normalen Zeiten die meiste Berührung und da weist die Statistik auf die Holzarbeiter hin. Der Krieg, der alles hat, kann nicht den Maßstab für Organisationsverschmelzungen abgeben, deshalb müssen wir warten, bis wieder geregelte Verhältnisse eingetreten sind, um über eine so hochwichtige Frage zu entscheiden. Darum, Kollegen, haltet fest an eurer Organisation und arbeitet mit, daß wir als kräftige Organisation dastehen, wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren.

Unser Verband am Schluffe des 2. Vierteljahres 1918.

Allgemein genommen darf, wenn auch nicht von einem Rückschritt, so doch von einem gewissen Stillstand in der Organisation gesprochen werden. In erster Linie ist dieser auf die mindere Beschäftigung in der Lederausstattungsindustrie zurückzuführen. In einer ganzen Reihe von Orten, namentlich in Norddeutschland und Sachsen, haben Entlassungen stattgefunden. Selbst in Friedenszeiten wirkten die Krisenerscheinungen auf die Werbetätigkeit des Verbandes sehr lähmend. Für die Kriegszeit wird dieses noch mehr in Erscheinung treten. Diese vorübergehende Rückschlagsbewegung, die wir schon einmal im Jahre 1916 erleben, ist nicht so tragisch zu nehmen und wird damit allgemein gerechnet.

Zumershin hatten die Verwaltungsstellen noch einen Zufluß von 3170 Mitgliedern, darunter 2379 Neuaufnahmen. Die Gegenseite weist eine Abnahme von 3768 Mitgliedern, darunter 2858 Ausschlüsse, auf. Der Rückgang beträgt demzufolge 517 Mitglieder, davon 470 männliche, was zum größten Teile auf vermehrte Einziehung zum Heere

zurückzuführen ist. Die Vierteljahresabrechnung weist also einen Mitgliederbestand von 8313 männlichen und 7440 weiblichen nach.

Recht beachtenswert sind die Kenntnisse der Beitragszahlung. Für männliche Mitglieder wurden 24 439,55 Mk. eingekommen. Wenn unsere Funktionäre in der Ortsverwaltung sich einmal die Mühe nehmen wollten, der durchschnittlichen Mitgliederbestand im Laufe des Vierteljahres mit der Einnahme von Beiträgen zu vergleichen, so würde in manchen Orten der Blaustift etwas mehr angewendet werden müssen.

Die Einnahme der Hauptkasse aus Einnahmen der Verwaltungsstellen betrug 68 454,89 Mk. Die Einnahmen der Lokalkassen aus Extrabeiträgen 15 618,25 Mk. und an sonstigen Einnahmen 4822 Mk.

Für Unterstützungen wurden insgesamt 17 046,39 Mark verausgabt:

	Hauptkasse Mk.	Lokalkassen Mk.
Reiseunterstützung	25,—	7,—
Arbeitslosenunterstützung	2 318,40	1672,—
Krankenunterstützung	6 903,50	1400,35
Gemahregeltemunterstützung	22,50	3,—
Weerdigungsbeihilfe	1 440,—	—,—
Notsfallunterstützung	395,—	1688,80
Rechtsschutz	871,75	—,—
Umzugsbeihilfe	180,—	—,—
Sonstige Unterstützung	—,—	619,09
Summe	11 656,15	5390,24

Aus der 18. Kriegsstatistik ist hervorzuhelien, daß von 15 753 Mitgliedern 14 261 voll beschäftigt wurden und 871 mit einer verkürzten Arbeitszeit vorlieb nehmen mußten. Wir glauben bestimmt, daß diese letzte Zahl noch größer ist, weil einige Orte mit ihren Angaben fehlten. Warum immer Nürnberg fehlen muß, ist uns unbegreiflich, nach dem wir so oft jährlich und mündlich den Wert solcher Erhebungen den dortigen Ortsfunktionären vorgetragen haben. Aus der Kriegsstatistik geht aber weiter mit Deutlichkeit hervor, daß namentlich Berlin und einige andere norddeutsche Plätze und Sachsen von der Einschränkung der Rüstungsindustrie besonders stark getroffen wurden. Die Verbandsleitung wird nach wie vor ihre Aufgabe darin erblicken, für eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Aufträge Sorge zu tragen, unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Berufsangehörigen. Die Zahl der am 30. Juni gezählten Arbeitslosen betrug 48 männliche und 73 weibliche, die Zahl der frangemeldeten 220 männliche und 161 weibliche Mitglieder.

Einnahmen der Verwaltungsstellen für das 2. Quartal 1918.

Neustadt 176,20, Augsburg 722,25, Bamberg 263,50, Bausen 700,—, Bayreuth 18,50, Berlin 13 667,66, Bielefeld 726,75, Bonn 210,05, Brandenburg 690,20, Braunschweig 300,10, Bremen 63,—, Breslau 1150,—, Brieg 121,—, Bromberg 62,30, Chemnitz 464,45, Cöthen 7,80, Danzig 286,55, Dresden 3300,—, Düsseldorf 400,30, Eisenach 70,—, Eisleben 300,—, Elberfeld 2700,10, Erlangen 150,—, Effen 373,50, Frankfurt 1382,65, Freieberg 450,10, Fürstentum 55,85, Glogau 37,30, Grünberg 75,—, Görlitz 300,—, Hagen 35, Halle 700,—, Hamburg 1412,85, Hannover 1113,60, Heilbronn 54,10, Hildesheim 326,25, Hünfisch 43,70, Jena 220,25, Kaiserslautern 500,—, Karlsruhe 716,30, Kassel 837,35, Kiel 147,50, Köln 708,34, Konstanz 602,60, Köslin 200,—, Königsberg 440,50, Krefeld 6915, Leipzig 2668,98, Liegnitz 40,—, Magdeburg 750,—, Mainz 852,05, Mannheim 415,—, Mühlhausen 207,—, Münster 189,60, Mühlberg 117,10, Mülheim 195,85, München 1527,80, Niederschlesma 131,70, Nürnberg 1346,40, Oberneulitz 31,20, Offenbach 4132,75, Potsdam 171,60, Rosen 245,60, Rathenow 15,60, Rostock 104,30, Rottenburg 79,80, Solingen 290,20, Sonneberg 512,02, Steittin 180,—, Straßund 77,95, Straßburg 510,—, (1. Quartal 540,—), Striegau 35,—, Stuttgart 4448,45, Ueterjen 34,20, Ulm 1471,85, Varel 18,20, Zeitz 366,42, Zossen 7,80, Zwidau 80,75 Mk.

Einnahmen an erübrigten Beitragssteilen:

Augsburg 14,66, Bamberg 6,88, Bayreuth 1,20, Bielefeld 2,40, Bonn 2,99, Brieg 5,—, Bromberg 8,80, Danzig 5,66, Eisenach 2,96, Eisleben 11,27, Effen 22,25, Frankfurt 18,91, Glogau 4,67, Hildesheim 10,59, Hünfisch 0,62, Konstanz 2,33, Mainz 2,80, Mühlhausen 15,12, Münster 15,82, Mühlberg 7,48, Mülheim 9,49, Niederschlesma 16,38, Potsdam 7,25, Rathenow 2,10, Ueterjen 3,10, Zossen 0,40 Mk.

Der Kassierer Alfred NiedeI.

Realitäten.

Wir erhalten unter dieser Überschrift einen kleinen Beitrag zu der Frage des Verbandstages mit der Bitte um Veröffentlichung. Es wird uns geschrieben:

Die Frage, ob der Vorstand einen Verbandstag in absehbarer Zeit einberufen oder ob er ruhigere

Zeiten abwarten soll, scheint doch nicht so die Gemüter zu bewegen, als es zuerst den Anschein hatte. Vielleicht sind mehr oder weniger die Gründe, die für die Abhaltung einer Generalversammlung ins Feld geführt wurden, so wenig überzeugend gewesen, daß die Mehrzahl der Mitglieder sich nicht gedrängt fühlt, ihrem Herzen Luft zu machen. Zumeist sind es auch nur Einzelstimmen, die Stellung zu dieser Frage nehmen. Auch ich beabsichtige nicht, denen zu folgen, die aus allgemeinem Stimmungsgefühl für die Abhaltung eines Verbandstages sich aussprechen. Mit Recht hat mein Kamerad Röll in der Nr. 34 unserer Zeitung, die mir soeben zugefellt wurde, darauf verwiesen, daß die nicht näher bezeichneten Schmerzen einiger Ortsgruppen nicht so tragisch zu nehmen seien und ihre Erledigung vielleicht später ganz von selbst finden werden. Da ich seit längerer Zeit das Glück genieße, in der Etappe zu sitzen, so habe ich ständig unser Sachorgan verfolgen können. Insbesondere ist mir die Begründung für die Notwendigkeit der Einberufung eines Verbandstages aufgefallen, die in der Berliner Generalversammlung dafür gegeben wurde. Soweit unsere Fachzeitung Bericht erstattet hat über die Abhaltung der Generalversammlung anderer Verbände, kann

Kollegen!

Laßt nicht nach!

Wir müssen

alle Kräfte zur unermüdbaren Verarbeitung ausnützen.

Unsere Arbeitskraft

liegt in unserer gesunden Finanzpolitik, wie wir sie auch während dieses Krieges so erfolgreich betrieben haben.

Einigkeit und Geschlossenheit

hat uns zu so außerordentlichen Leistungen befähigt, wie sie durch jeden unserer Berichte bewiesen werden.

Hochhalten

müssen wir auch für die Zukunft unseren Verband, um allen Stürmen Trotz zu bieten.

Sagt es den noch Fernstehenden, daß es auch ihre

Pflicht

sei, sich unseren Reiben anzuschließen. Nur so werden wir der unser harrenden schwierigen Aufgaben gerecht werden können.

Aller Kollegen

Aufgabe muß es jetzt sein, eine rege Agitation für unseren Verband zu entfalten.

Ist es

auch in schwieriger Kriegszeit nicht leicht.

Durch Treue und fleißige Mitarbeit

wird es uns gelingen,

unsere Organisation zu stärken!

Legt Hand ans Werk, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Vorwärts sei unsere Lösung!

ich mich erinnern, daß fast durchgängig die inneren Reformen im Beitrags- und Unterstützungsweisen mit an erster Stelle standen. In dem Berliner Bericht wird gesagt, daß der Vorstand dieses mehr oder weniger alles allein machen kann. Hierher dürften unsere Mitglieder doch ein sehr großes Fragezeichen setzen. Recht eigentümlich hat es mich berührt, daß gerade in Berlin der Vorwurf erhoben wurde, daß der Vorstand mit der Erhöhung der Beiträge zu lange gewartet habe, was zwar auch ganz meine Meinung ist. Soviel ich mich aber noch erinnern, die genauesten Zahlen besitze ich nicht mehr, stand die Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge in Berlin auf pari und meines Wissens hat nur die Provinz die Erhöhung der Beiträge geteilt. Und wenn der Verbandstag zu der Hebergangswirtschaft keine Stellung nehmen soll, was soll er dann für die Gegenwart und Zukunft tun. Im nächsten Jahre laufen wieder die zwei Haupttarifverträge unseres Verbandes ab, der Militärsattler-tarif und der Lederwarentarif. Sollte dieses nicht eine sehr wichtige Zukunftsfrage sein?

Kollege Röll erinnert mit Recht daran, daß die Frage des Staffelleiters eine recht schwierige Lösung finden wird. Auch ich kann mir nicht gut denken, daß die augenblicklichen Verhältnisse die Möglichkeit geben, dem Beschluß der Münchener Generalversammlung auf Vorlegung einer solchen Vorlage Rechnung zu tragen. Vom Beschluß bis zur Ausführung eines derartigen Verbandstagesbeschlusses können sich die Verhältnisse wieder so

rapid ändern, daß wir uns danebensetzen werden. Den Beitrag auf Grund eines bestimmten Wochenverdienstes zu staffeln, dürfte in der jetzigen Zeit eine Unmöglichkeit sein. Selbst von den Gesichtspunkten aus gerechnet, welche in der Lebenshaltung und Lohnfrage vor zwei Jahren maßgebend waren, wo ich die Heimat verließ, müßte ich eine bestimmte Formel nicht zu finden. Ob die freiwillige Einschätzung genügend Erfolge verspricht, vermag ich nicht zu beurteilen, kann mir aber denken, daß dieses ein Ausweg sein könnte, wenn der Vorstand sich an den Beschluß noch gebunden fühlt.

Wenn unsere Freunde in der Heimat den Versuch machen würden, diese Fragen von dem Gesichtspunkte der gegebenen Möglichkeiten aus zu besprechen und nicht Dinge in den Vordergrund stellen würden, die für das Fortkommen unserer Kollegen bedeutungslos sind, so würde ich mich damit abfinden, wenn unsere Kollegen in der Heimat ohne die Feldgrauen den Verbandstag abhalten. Geizig ist die Zahl der im Felde stehenden Mitglieder heute größer als die in der Heimat, wenn ich die vielen Frauen abrechne, die heute vielleicht, aber morgen nicht mehr Mitglied sind. Wenn schon der Vorstand zu einem entscheidenden Schritt ermuntert werden soll, einen Verbandstag abzuhalten, dann mehr Realitäten und Wirklichkeiten.

A. Berger, zurzeit im Felde.

Die finanzielle Lage der Ortsverwaltungen.

In Nr. 21 unserer Zeitung befaßt sich Kollege D. G. mit der Anregung des Koll. Künninger, Ulm. Ich habe dieselbe nicht gelesen, kann mir aber den Sinn und Zweck wohl denken, und ich wäre dafür, daß in Zukunft die örtlichen Verwaltungen die Aufbringung der Mittel zu den Verwaltungsausgaben selbst in die Hand nehmen und die Prozente von der Zentrale in Vorfall kommen. Ferner, daß nur noch der Beitrag für die Zentralkasse durch den Verbandstag festgesetzt wird. Ich weiß ja, daß damit viele Kollegen auf den ersten Augenblick nicht zufrieden sein werden. Wenn sie aber die Sache durchdenken, kommt es auf daselbe hinaus. Denn je höher die Prozente sind, die den örtlichen Verwaltungen bleiben, desto höher wird eben der Zentralbeitrag. Es gibt heute eine Anzahl Filialen, welche mit den Prozenten nicht ausreichen, anderen bleibt etwas übrig, je nach der Arbeit und je nach der Mitarbeit der Kollegen. Wenn ein jedes Mitglied die Zeichen der Zeit verstehen und einmal seinen Beitrag pünktlich selbst bezahlen würde, damit das teure und für den Kollegen, der es macht, anstrengende Hauskassieren nicht mehr notwendig wäre, so wäre für manche Verwaltungsstelle der Lokalbeitrag viel niedriger als heute. Ob alle Filialen eine Lokalkasse mit Krankenunterstützung einführen sollen, ist auch eine Frage, die einmal besprochen zu werden verdient. Die Unterstützungen sind ja ganz schön, wenn aber dadurch die Beiträge eine Höhe bekommen, die die Agitation erschweren, so ist dieses doch sehr bedenklich. Es würde nach dem Dargelegten meiner Ansicht nach auch mehr Selbstverwaltungsrecht in die Filialen kommen und der ewige Hinweis bei den Quartalsabrechnungsberichten, daß die Lokalkassen bald höheren Heberschub haben als die Zentralkasse, müßte dann auch verschwinden. Viel wurde bis jetzt dadurch gesündigt, daß sehr viele Kollegen Ausgaben auf die Zentralkasse abschrieben, die eigentlich leicht die Lokalkasse tragen kann. Leider haben wir heute viele Verwaltungen, die das Alibi nicht nur kennen, die Prozente zu erhöhen und möglichst viele Ausgaben der Zentrale überweisen, ohne dabei zu bedenken, daß es ja doch wieder auf sie zurückfällt, nur daß sie immer unter der Vormundhaft der Zentrale stehen. J. R.

Aus unserem Beruf.

Die Wiener Portefeuille oder Leder-galanteriearbeiter haben eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen. Zurzeit werden in Wien ca. 400 Personen im Gewerbe beschäftigt, von denen 300, welche in 40 Betrieben beschäftigt sind, durch die Statistik erfasst wurden. Die Arbeitszeit beträgt in einigen Betrieben noch 53, sogar 53½ Stunden, allgemein jedoch 52 Stunden. Urlaub wird fast allgemein auf die Dauer von acht Tagen bewilligt. Zu den Lohnverhältnissen wird geschrieben:

„Der Gesamtdurchschnittslohn betrug im Jahre 1917 bei den männlichen Zeitarbeitern 47,52 K., im Jahre 1918 88,96 K.; bei den Zeitarbeiterinnen (Stepperinnen und Schärferinnen) 1917 26,32 K., 1918 48,85 K.; bei den Hilfsarbeiterinnen 1917 16,55 K., 1918 37,40 K.; bei den Stückerarbeitern 1917 48,34 und 1918 74,50 K.

Haben sich somit die Gesamtdurchschnittslöhne gegenüber dem Vorjahre beinahe verdoppelt, so steht die Höhe der Löhne noch lange nicht in einem an-

nehmbaren Verhältnisse zur Höhe der Preise aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel. Wie wenig wahr all die Geschichten von den fabelhaften Verdiensten der Arbeiter sind, die man jetzt so gerne aufzutischen pflegt, mögen u. a. die in unserem Gewerbe gezahlten Löhne, die wir hier veröffentlichen, beweisen. Die übergroße Mehrzahl der gesamten Kollegen darbt und hungert und wünscht nichts sehnlicher herbei als den Frieden und geordnete wirtschaftliche Verhältnisse. Solange wir jedoch in dem Zustande der fortwährenden Steigerung der Preise aller Lebensmittel stecken, solange können wir uns nicht anders dagegen helfen, als unsere Arbeitskraft im Preise ebenfalls immer mehr und mehr zu steigern."

Die Treibriemenindustrie hat, wie auch unseren Kollegen bekannt ist, eine starke Einschränkung erfahren und wurden im Vorjahre nicht weniger als 415 Betriebe stillgelegt. Die stillgelegten Betriebe wurden emschädigt, doch scheint der Verdienst der zugelassenen Fabriken immer noch lohnender zu sein als die Entschädigungssummen. Wie wir der „Lederindustrie“ entnehmen, fangen die Inhaber der durch die Stilllegung betroffenen Betriebe sich unter der Führung des Herrn E. Wed- & Söhne energisch an zu rühren. Dieser Herr hat im Auftrage der Treibriemenfabrikanten an den Ausschuss des Verbandes deutscher Ledertreibriemenfabrikanten einen Antrag gerichtet, der folgendermaßen lautet:

„§§ 9 und 11 des Beteiligungsvertrages werden nach folgendem Gesichtspunkte geändert: Eine Erhöhung der Zahl der weiterarbeitenden Betriebe tritt ein, sobald die im Betriebe befindlichen Fabriken mehr als 10 Proz. ihres Verbrauches vom Jahre 1913 für das Quartal zugewiesen erhalten. Den weiterarbeitenden Firmen darf eine höhere Vierteljahres-Lederquote als 10 Proz. des Verbrauches vom Jahre 1913 solange nicht zugeteilt werden, bis alle dem Verband angehörenden Firmen zur Weiterarbeit zugelassen sind. Bei der Neuzulassung sind größere, mittlere und kleinere Betriebe möglichst in gleichem Maße zu berücksichtigen, der Vertreter des Reichszentralrates kann aber im öffentlichen Interesse eine andere Art der Zulassung für einzelne Betriebe verlangen. Außerdem soll alle zwei Jahre, erstmals auf das erste Kalenderquartal 1919, ein Wechsel in der Auswahl der weiterarbeitenden Betriebe stattfinden, so daß von den bisher stillgelegten Betrieben eine entsprechende Anzahl zur Belieferung zugelassen wird und die bisher belieferten aus dem Verteilungsplan ausscheiden, soweit nicht kriegswirtschaftliche Interessen die weitere Beschäftigung einzelner dem Verteilungsplan angehörender Firmen notwendig machen. Der Wechsel soll nicht an die Kopffzahl der jetzigen Lieferer gebunden sein, aussschlaggebend ist die zu verteilende Quote. Ueber die Auswahl der neuzuzuteilenden Betriebe entscheidet die Riemen-Freigabestelle nach Anhörung des Ausschusses des Verbandes, der die Vorarbeiten für die Auswahl und die weiter notwendig werden Bestimmungen einem Unterausschuss überträgt. Stillgelegte Betriebe, die auch nach zweijähriger Stilllegung noch nicht in den Verteilungsplan aufgenommen werden können, sollen von solchen Betrieben, die mehr als zwei Jahre im Verteilungsplan bleiben, neben der bereits festgelegten Entschädigung eine Extrabergütung erhalten.“

Die stillgelegten Betriebe verlangen also eine Ablösung der bis jetzt zugelassenen Fabriken. Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß auch einem Fabrikanten der Krieg zu lange dauert und er sich gern wieder betätigen möchte. Aber so leicht wird sich die Sache nicht vollziehen. Das Reichswirtschaftsamt wird hier vor eine sehr delikate Frage gestellt, auf deren endgültige Lösung wir gespannt sind.

Wir erlauben uns aber die Frage: Was geschieht mit den in Betracht kommenden Arbeitern? Nach langen Mühen ist es auf indirektem Wege gelungen, die Löhne etwas aufzubessern, und wenn nun eine Auswechslung der Betriebe stattfinden soll, so wird hier in erster Linie die Arbeitererschaft hart betroffen. Wir erwarten einmal von den maßgebenden Reichsstellen, daß die berufenen Organisationsvertretungen der Arbeiter bei Lösung dieser Frage gehört werden und daß anderseitig sich auch die Arbeiter in den betreffenden Betrieben rühren und die Verbandsleitung auf dem laufenden unterhalten.

Leder im Ueberfluß. Die verfehlte Wirtschaftsordnung, die der Krieg noch mehr durcheinander gerüttelt hat, zeigt sich recht deutlich in einer Notiz der „Lederindustrie“, nach welcher im australischen Parlament der stellvertretende Premierminister auf eine Anfrage antwortete: „daß die australische Regierung die Reichsregierung um nochmalige Erwägung der Lederangelegenheit ersucht hätte, da Leder im Werte von über 1 000 000 Pfund Sterling in Australien auf Verfrachtung wartete. Die Zollbehörde würde den Export gestatten, um der hiesigen Ueberfüllung abzuhelfen, aber die Regelung dieser Frage hinge vollständig von der Ansicht der englischen Regierung ab.“

Sattler-Aussperrung in Kopenhagen. Weil 12 bei den Firmen Gebrüder F. u. L. Dahlmann und Poulsen u. Söhne beschäftigte Sattler die Arbeit niedergelegt haben, hat die Sattlerinnung 500 Gehilfen ausgesperrt. Die betreffenden Kollegen hatten die Arbeit eingestellt, um eine Erhöhung des nur 65 Dore betragenden Stundenlohnes zu erlangen.

Soziales.

Die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens im Jahre 1917 ist gekennzeichnet durch geringe Veränderung des Bestandes durch Neugründungen und Auflösungen. Die Vermehrung der Genossenschaften bleibt hinter der der Friedensjahre und auch der Kriegsjahre, mit Ausnahme des Jahres 1915, zurück, sie beträgt nur 725. Da die Auflösungen nur von 272 auf 278 stiegen, ist das geringe Wachstum auf den Rückgang der Neugründungen zurückzuführen, die 1003 gegen 1091 im Vorjahre betrugen. Von den Auflösungen wurden verhältnismäßig am stärksten betroffen die gewerblichen Genossenschaften. Die Konsumvereine stehen mit 1,2 Proz. etwas über dem 0,8 Proz. betragenden Durchschnitt (es lösten sich insgesamt 27 Konsumvereine auf), die landwirtschaftlichen Genossenschaften stehen mit 0,5 Proz. am günstigsten, während bei den gewerblichen 1,5 Proz. Auflösungen erfolgten. Bei den gewerblichen Werkgenossenschaften waren es 3,4 Proz., bei den gewerblichen Rohstoff- und Magazingenossenschaften 2,7 Proz., bei den gewerblichen Produktigenossenschaften 3,1 Proz.

Rundschau.

Wirtschaftliche Tatsachen des Jahres 1917. Die wirtschaftlichen Vorgänge des Jahres 1917 finden eine Beleuchtung in der soeben vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik über den Verlauf der Vertragsmarken in der Invalidenversicherung. Sind doch diese Nachweisungen besonders deshalb bedeutungsvoll, weil der Invalidenversicherung alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen ohne Rücksicht auf den Beruf angehören. Ausgeschlossen sind nur die „Angestellten“ mit dem Jahresarbeitsverdienst von über 2000 Mk. Nimmt man an, daß ein Versicherter im Durchschnitt jährlich 50 Vertragsmarken entrichtet, was nach allen Beobachtungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen dürfte, so verminderte sich die Zahl der Versicherten von 15 012 212 im Jahre 1913 auf 11 547 759 im Jahre 1916. Das Jahr 1917 brachte eine kleine Wiederaufnahme auf 11 783 385. Das ist in der Hauptsache auf die Erweiterung der Rüstungsindustrie zurückzuführen. Bemerkenswert sind sodann die Verschiebungen in der Zugehörigkeit der Versicherten zu den einzelnen Lohnklassen. Im Jahre 1917 gehörten der untersten Lohnstufe mit dem Jahresarbeitsverdienst bis zu 350 Mk. 6,7 v. H. sämtlicher Versicherten an. Zur zweiten Klasse (350 bis 550 Mark) zählten 18,6 v. H., zur dritten (550 bis 850 Mark) 22,8 v. H., zur vierten (850 bis 1150 Mk.) 13,1 v. H. und zur obersten (1150 Mk. und mehr) 38,8 v. H. Im Laufe der Jahre hat eine fortgesetzte Abwanderung aus den niederen nach der obersten Lohnklasse stattgefunden. Im Jahre 1903 gehörten dieser nur 12 v. H. aller Versicherten an, im Jahre 1911 bereits 23 v. H. In den folgenden fünf Jahren von 1913 bis 1917 erhöhte sich der Anteil auf 29, 32, 29, 31, 38 v. H. Der größte Schritt wurde daher im Jahre 1917 getan, das infolge der ungeheueren Teuerung vielfache Lohnzulagen brachte. Immerhin zeigt diese Statistik, daß die Lohn-erhöhungen nicht so erheblich und nicht allgemein sind, wie oft behauptet wird. Haben doch noch annähernd zwei Drittel aller Versicherten ein Einkommen nur bis 1150 Mk. im Jahr! Wenn auch bei der Zuteilung der Versicherten zu den einzelnen Lohnklassen kleinere Abweichungen von dem wirklichen Verdienst zu berücksichtigen sind (geschieht diese doch in der Re-

gel in Anlehnung an die Klassenzugehörigkeit in der Krankenversicherung) so gleichen sich doch diese Verschiebungen ganz gut aus, so daß gegen die Wichtigkeit der Statistik im allgemeinen keine Einwände erhoben werden können.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die graue Karte vom 31. August haben noch einige Ortsverwaltungen nicht eingesandt. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder
Richard Hammer, Bielefeld, 34 Jahre alt.
Gustav Reich, Berlin, im Lazarett verstorben, 35 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Berlin.

Portefeulles- und Reiseartikelbranche!
Am Dienstag, den 10. September, abends pünktlich 7 1/2 Uhr in unseren Nachweisräumen, Engel- ufer 15, Zimmer 28

Vertrauensmännerversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Vertrauensleute über die Situation in den einzelnen Werkstätten.
2. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung in der Deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ref. Kollege Schulze.
3. Verschiedenes.
Achtung! Die Legitimationskarte ist zur Abstempelung mitzubringen. Auch diejenigen Kollegen, die ein besonderes Interesse an den Verhandlungen unserer Vertrauensmännerversammlungen haben, sind hiermit freundlichst eingeladen.

Die Branchenleitung.

Ortsverwaltung Stuttgart.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Geschäfte des Verbandes jetzt in dem neu errichteten Bureau der Ortsverwaltung, **Hauptstätterstraße 96, Seiteneingang** erledigt werden. Das Bureau ist geöffnet Montag bis Freitag von 4 bis 8, am Samstag von 4 bis 6 Uhr. Sofern der Gauleiter am Orte, ist dieser täglich von 12 bis 1 Uhr zur Erteilung von Auskunft über Tarifangelegenheiten zu sprechen.
Auszahlung von Unterstützungen für Kranke und Arbeitslose: Montags.
Abrechnung der Einkassierer: Dienstags und Freitags. Kontrollkarten sind stets mitzubringen.
Reiseunterstützung: Täglich von 5 bis 6 Uhr.
Telephon Nr. 9440.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Chair-Leder für Damenhut-Fabrikation

in allen Farben gesucht.
Albert Wolff, Berlin, Spittelmarkt 8/10.

Se ein tüchtiger Vorarbeiter
für Koffer- und Portefeulles-Fabrikation

für sofort oder später gesucht.
Angebote an R. Kühlewein & Co., Erfurt-N., Wendensstr. 5.